

GGG Landesverbände



Berlin
Josefa Erzberger



Berlin
Robert Giese



Hamburg
Anna Ammann



Hamburg
Barbara Riekmann



Hessen
Ingrid Burow-Hilbig



Niedersachsen
Andreas Meisner



Nordrhein-Westfalen
Behrend Heeren



Schleswig-Holstein
Dieter Zielinski

Berlin

**Josefa Erzberger
Robert Giese**

Stellung der Gemeinschafts- schule in Berlin

Eine seltsame Situation in Berlin: Seit vier Jahren regieren drei Parteien, die in ihren bildungspolitischen Beschlüssen die Schule für alle wollen, Inklusion als Ziel anerkennen und der politischen Bildung einen großen Wert zumessen. Der Koalitionsvertrag von 2016 ließ hoffen,

- dass die Regierung aktiv Grundschulen und integrierte Sekundarschulen (ISS) – evtl. auch Gymnasien – ermuntert, sich zu stufenübergreifenden Gemeinschaftsschulen weiter zu entwickeln: „Die Koalition wird die Gemeinschaftsschulen qualitativ und quantitativ weiterentwickeln und ein Förderkonzept erarbeiten, um die Gründung von neuen Gemeinschaftsschulen attraktiver zu machen.“
- dass die Regierung aktiv Schulneugründungen und -neubauten vor allem auf Gemeinschaftsschulen konzentriert: „Die Koalition unterstützt bei notwendigem Schulneubau vor allem die Neugründungen von Gemeinschaftsschulen.“
- dass die Regierung aktiv auch die Gymnasien zu inklusiver Arbeit verpflichtet: „Inklusion betrifft alle Schularten, auch das Gymnasium.“

Die Begründung: „Die Koalition will ein Bildungssystem, das zur Entkoppelung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft beiträgt.“ Die wissenschaftliche Begleitung zur Einführung der



Gemeinschaftsschulen hatte festgestellt, dass genau dies den Berliner Gemeinschaftsschulen entgegen den Prophezeiungen der Skeptiker in sensationeller Weise gelungen ist.

Was ist daraus geworden? – Knapp formuliert: **“Fast nichts!”**

- Zwar wurde die Gemeinschaftsschule als stufenübergreifende Regelschulart im Schulgesetz verankert, jedoch ohne jede weitere Konsequenz. Ohne das enorme Engagement der Eltern wäre selbst das kaum erreicht worden.
- 2008 hatten sich über 50 Schulen als Gemeinschaftsschulen beworben; heute gibt es 25. In dieser Legislatur kamen bisher gerade drei Schulen hinzu.
- Die Senatorin verhindert die Einrichtung eines Referats für Gemeinschaftsschulen; für deren Grundsatzangelegenheiten ist ein Mitarbeiter zuständig, der Gemeinschaftsschulen für überflüssig hält.
- Obwohl schulgesetzlich verankerte Schulart, war es bis vor kurzem unmöglich, der Senatswebsite eine Liste der Gemeinschaftsschulen unkompliziert zu entlocken: Im System der Schulnummern, sonst säuberlich nach Schularten organisiert, werden die Gemeinschaftsschulen noch immer als Sekundarschulen (ISS) geführt, die 6-jährige Grundstufe wird faktisch unterschlagen. Bei Sitzungen zu Grundstufen-Angelegenheiten werden Gemeinschaftsschulen häufig vergessen.
- Zur Beratung grundsätzlicher Angelegenheiten wurden Gemeinschaftsschulen seit Jahren nicht eingeladen.

Ihre Expertise – das lange gemeinsame Lernen (Jg. 1 - 13) und die höchste Quote (9%) der Inklusion junger Menschen mit sonderpädagogischen Förderbedarf aller Berliner Schulen – interessieren schlicht nicht.

- Konsequenterweise kommt die Gemeinschaftsschule auch in der Schulstatistik praktisch nicht vor.
- 2018 begingen die Berliner Gemeinschaftsschulen ihr zehnjähriges Bestehen. Die Senatorin musste fast genötigt werden, an der Jubiläums-Veranstaltung teilzunehmen. Sie hielt eine etwas seltsame Rede und verließ die Veranstaltung frühzeitig, um an einem Bierabend des Unternehmerverbandes teilzunehmen.
- Erfolge finden keine Würdigung. Weder der Jakob-Muth-Preis der Friedenauer Gemeinschaftsschule 2019, noch das beste Abiturergebnis aller Berliner Schulen (Notendurchschnitt 1,66) an der Wilhelm-von-Humboldt-Gemeinschaftsschule 2020 fanden eine offizielle Erwähnung.
- Die Senatorin wehrt sich auch gegen Weiterentwicklungen, die die Schulstruktur in Bewegung bringen könnten, etwa die Abschaffung des Probejahres an Gymnasien, wie von Den Linken vorgeschlagen. Stattdessen verfolgt sie merkwürdige Qualitätskonzepte, die die Intensivierung von Testverfahren und Klassenarbeiten, andererseits die Abschaffung von MSA-Prüfungen an Gymnasien vorsehen.

Die Arbeit des Schulsenats in den letzten Jahren ist überwiegend vom „Weiter so!“, „Irgendwie wird's schon gehen.“ geprägt. Eine stringente Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen sähe jedenfalls anders aus.

Positive Entwicklungen

Nicht unerwähnt bleiben sollen positive Regelungen, die allen Schulen zugute kommen und damit auch die Gemeinschaftsschulen betreffen:

- Lehrkräfte in Grund- und Sekundarstufe erhalten nun dieselbe Bezahlung. Das hilft den stufenübergreifenden Gemeinschaftsschulen, in deren Kollegien alle gemeinsam arbeiten. Unterschiedlich und ungerecht bleibt die Pflichtstundenzahl in Grund- und Sekundarstufe (28 bzw. 26).
- Die Lehrmittelzuzahlung für Kinder bis zur Jahrgangsstufe 6 wurde aufgehoben; ab Jg. 7 bleibt es bei der bisherigen Regelung.
- Das Mittagessen für Kinder bis zur Jahrgangsstufe 6 ist jetzt kostenlos; ab Jg. 7 muss weiterhin gezahlt werden.

Qualitätskommission der Senatorin

Anfang Oktober 2020 hat die Qualitätskommission der Senatorin ihre 100-seitigen Empfehlungen veröffentlicht. „Ziel war die Erarbeitung wissenschaftlich fundierter Empfehlungen, wie die Lehr- und Lernprozesse auf den unterschiedlichen Bildungsetappen von der Kita bis zur Lehrkräftefortbildung so gestaltet werden können, dass erfolgreiches fachliches und soziales Lernen stattfindet und gleichzeitig Disparitäten im Bildungssystem reduziert werden.“

Sieben Professoren (Ltg. Olaf Köller, Kiel) und ein Senatsrat (a.D.) tagten elf-mal und führten über 50 Interviews durch. Daneben gab es eine Praxiskommission.

Die Empfehlungen gliedern sich in sechs Handlungsfelder. Ihr Schwerpunkt liegt Überwiegend auf den Sprachen und Mathematik: kognitive Fähigkeiten, Fachdidaktik und Fachunterricht, Standards, Bewertung und Leistungsüberprüfung. Wie "Disparitäten im Bildungssystem" durch die Betonung kognitiver Anforderungen überwunden werden sollen, ohne die milieuspezifische Sortierung der Schülerschaft in den Schulformen ins Auge zu nehmen, bleibt unklar. Zu diesen und weiteren Kritikpunkten – etwa der deutlichen Bevorzugung der Gymnasien – hat der Landesvorstand Berlin Stellung genommen (siehe Rubrik GGGaktiv).

Und schließlich Corona

Aktuell sollten in der zweiten Januar-Dekade Schulen wieder geöffnet werden und die entsprechenden Anweisungen waren bereits veröffentlicht. Dies geschah trotz der Nachrichten über das Auftreten stärker infektiöser Virus-Mutationen und der Beschlüsse auf Bundesebene tags zuvor. Erst durch den engagierten Protest von Schulen und Eltern bis hin zur Ankündigung der Verweigerung verfügte die Senatorin die weitere Aussetzung des Präsenzunterrichts. Dieser Vorgang hat weit über Berlin hinaus ein Presseecho gefunden.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die GGG-Berlin?

Fast alle aktiven GGG-Mitglieder arbeiten an Gemeinschaftsschulen oder stammen aus Ge-

meinschaftsschulen als korporative Mitgliedern. Die aufkommende Frustration von Kollegien und engagierten Eltern muss überwunden werden. Die Gemeinschaftsschulen Berlins müssen sichtbar werden. Als ein Schritt wurde die „Vereinigung der Schulleiter Berliner Gemeinschaftsschulen in der GGG“ gegründet.

Wichtige Fragen lauten:

- Wie gelingt es, dass Gemeinschaftsschulen in der Öffentlichkeit stärker als innovative und erfolgreiche Schulart wahrgenommen werden?
- Wie können wir vermeiden, dass Gemeinschaftsschulen und integrierte Sekundarschulen sowie die Grundschulen ihre Unterschiede über die Gemeinsamkeiten stellen und damit tendenziell die Gemeinschaft der Schulen des gemeinsamen Lernens gefährdet wird?
- Wie können wir Sekundarschulen und Grundschulen gewinnen, die Vorteile (stufenübergreifender) Gemeinschaftsschulen zu sehen und den Schritt zur Gemeinschaftsschule zu gehen?
- Wie können wir im Interesse der Gemeinsamkeiten auch integrierte Sekundarschulen sowie die dort Arbeitenden gewinnen, Mitglied in der GGG zu werden?

Kontakt:
vorstand.BE@ggg-web.de

Hamburg

Anna Ammonn
Barbara Riekmann

Stadtteilschulen beschreiten neue Wege

Seit Monaten fordert der Landesverband Hamburg von der Politik die Bildung eines **Kompetenzteams** aus pädagogischen Experten, die die Schulen in der jetzigen schwierigen Lage beraten und unterstützen und zudem einen verlässlichen Studienplan mit deutlich mehr Gestaltungsfreiräumen entwickeln. Bisher blieb dieses Unterfangen erfolglos. Mitte Januar 2021 hat die GGG-Hamburg nun einen ersten Schritt getan und 35 Expert*innen aus Schulleitung, Pädagogen*innen, Bildungsberatung und Eltern zu einem Austausch zusammen geholt. Das Thema dieses Forums war: Schule als guter Ort – auch in der Pandemie.

Es war beeindruckend zu erfahren, wie stolz die Beteiligten trotz großer Be-/Überlastung auf das sind, was sie derzeit leisten.

Einhellig wurde dargestellt, **dass Schule heute nicht im Normalbetrieb laufen kann**, sondern ganz im Gegenteil gerade neu erfunden werden muss: Große und kleine Entwicklungsschritte finden statt hinsichtlich neuer Lernkultur, Aufgabenstellung, Differenzierungs- und Individualisierungsmodellen, einem alternativen Umgang mit Noten und Abschlüssen.

Die Beteiligten sehen bei aller Not eine Riesenchance für die Weiterentwicklung der Schule von morgen.

Klar war aber auch, dass sie dafür **Zeit und Verlangsamung brauchen:**

für Vernetzung und Austausch über Qualitäts- und Unterrichtsentwicklung, für Coaching und Fortbildung, für Reflexion über Fragen wie:

Was macht die Pandemie mit uns, was haben wir gelernt, was nehmen wir mit für die Zeit nach der Pandemie; wie werden wir den besonders benachteiligten Schüler innen gerecht ...

Deutlich wurde auch, dass der derzeitige Schulbetrieb nicht in das aktuelle **Arbeitszeitmodell** zu pressen ist. Wirklich gute Arbeit kann momentan nur geleistet werden, wenn die Pädagog*innen viel Mehrarbeit leisten. Gefordert wurde ein Arbeitszeitmodell, das die Schule als lernendes System berücksichtigt, das ausreichend Zeiten für Kooperation der Kolleg*innen untereinander und für Beratung und Begleitung der Schüler*innen vorhält.

Eine weitere Forderung ergibt sich fast selbstredend aus den genannten Erkenntnissen und Bedürfnissen:

Die Schulen brauchen Vertrauen, Handlungsspielräume und Autonomie, sie vermissen schmerzlich Partizipation, Transparenz und Verlässlichkeit und die meisten beklagen die vorherrschende top-down-Praxis der Behördenleitung und vieler Aufsichtsbeamten.

Die Teilnehmer*innen des Forums haben die GGG Hamburg gebeten weiterzumachen.

Ein weiteres Forum war für den März vorgesehen. Dabei soll es um einen Austausch über Lernkonzepte und gute Aufgabenformate gehen.

Aber auch dies gilt es weiter zu verfolgen:

In einem **Newsletter** im Januar hat die Schulbehörde Hamburg verkündet, dass in diesem Jahr auf die zusätzlichen Prüfungen zum Ersten Allgemeinbildenden Abschluss verzichtet werden soll, „damit Schülerinnen und Schüler keine Nachteile haben“. Auch eine Reduzierung von Klausuren in der Klassenstufe 10 ist derzeit geplant. Wir nehmen dies als einen ersten Schritt wahr, sich der Problematik der Abschlussjahrgänge an den Schulen zu stellen und freuen uns über diese aktuelle Kurskorrektur.

Bildungssenator Ties Rabe:

„Der Vorschlag ist vernünftig, denn die Organisation der zusätzlichen Abschlussprüfungen kostet sehr viel Zeit. Jeder Schüler muss drei Abschlussklausuren und drei mündliche Prüfungen absolvieren, bei knapp 9.000 Schülern sind das über 50.000 Prüfungen.

Diese Zeit wollen wir besser nutzen, um zu lernen und Versäumtes nachzuholen.“

Kontakt:
vorstand.HH@ggg-web.de

Hessen

Ingrid Burow-Hilbig

Der Landesvorstand Hessen hat sich neu organisiert. Da fast alle Mitglieder noch im aktiven Schuldienst sind, wurden die Aufgaben neu verteilt, um Anliegen der GGG neben den beruflichen Herausforderungen nicht aus dem Blick zu verlieren. Für bestimmte Themenbereiche gibt es Verantwortliche, die meist in Tandems arbeiten. Der Austausch darüber findet in gemeinsamen Sitzungen in Präsenz- aber auch online statt.

Bekanntes und Bewährtes soll fortgeführt werden, jedoch an die jeweilig geltenden Möglichkeiten und Bedingungen angepasst werden.

Dazu gehören:

- das **IGS-Forum** für die inhaltlich-konzeptionelle Arbeit
- die Reihe **Neue an der IGS** für neu in der IGS tätigen Kolleg*innen
- die **Schulleitungstagung** als Kommunikationsplattform auf Leitungsebene

GGG - Positionspapier

Unser Positionspapier mit den Schwerpunkten: „Inklusive Bildung – ein Menschenrecht, Lernen als individueller Prozess, Bildungsstandards als Mindeststandards, Eigenverantwortliche Schule, Ganztätig arbeitende Schule und Gelingensbedingungen“ ist immer noch aktuell. Wir ergänzen es um das Thema „Digitalisierung“.

Zu finden ist es auf der Homepage der GGG Hessen.

Institut Beatenberg (Schweiz)

Unsere bewährte Tagung wird im Herbst wieder durchgeführt. Geplant ist die Tagung vom 11. bis 14. Oktober 2021. Neu ist zunächst ein Besuch in der Alemannenschule in Wutöschingen. Danach wird die Tagung im Institut Beatenberg fortgesetzt. Dort stellt Sandro Müller, der Leiter von Beatenberg, die Arbeitsweise des Instituts vor. Während der Tagung haben die Teilnehmer*innen Zeit, an den mitgebrachten Arbeitsaufträgen/Konzepten für die eigene Schule zu arbeiten.

► Informationen und Anmeldungen sind ab sofort möglich bei: IngridBurowHilbig@ggg-web.de

Zusammenarbeit mit dem Elternbund Hessen (ebh)

Nach einem Kooperationstreffen im November 2019 haben wir unsere Zusammenarbeit mit dem Elternbund Hessen intensiviert und gemeinsam die Broschüre „Länger Gemeinsam Lernen“, Informationen für Grundschulleitern der 4. Klasse, überarbeitet und neu aufgelegt.

Kontakt:

geschaefsstelle.HE@ggg-web.de

Eric Weitalla

Wir, der hessische Landesvorstand, trauern um Eric, der am 28.12.2020 im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Er war zuletzt Schulleiter an der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden und bis 2018 als Vorsitzender in unserem Vorstand aktiv.

Niedersachsen

Andreas Meisner

„Neuer Vorstand im Landesverband Niedersachsen“

Auf der Mitgliederversammlung am 17.09.2020 in den Räumen der IGS Peine wurden für den Landesvorstand folgende Mitglieder gewählt: Andreas Meisner (Landesvorsitzender), Raimund Oehlmann (stellv. Landesvorsitzender), Astrid Budwach, Ulla Pleye, Sven Schickerling, Susanne Pavlidis, Claudia Berger, Ulrike Marx, Knut Engeler. Da die Mitgliederversammlung unter besonderen Hygienebedingungen stattfinden musste, konnte der sonst an die Versammlung gebundene Fachtag mit thematischen Workshops leider nicht stattfinden.

„Corona“

Auch in Niedersachsen stehen natürlich die meisten Aktivitäten unter dem Vorzeichen der Pandemie. In diesem Zusammenhang bringt die GGG die Sichtweisen der Gesamtschulen in die regelmäßig und zurzeit meist monatlich tagende Runde der Verbände mit dem Kultusminister ein. Hinsichtlich der Aspekte gebundener Ganztage, Bänderung von Fächern wie zweite Fremdsprache und weiteren Organisationsaspekten konnte die GGG auch die Gesamtschulinteressen in den kontinuierlich überarbeiteten Hygienerahmenplan des Landes einfließen lassen. Bei der Aussetzung der Abschlussprüfungen war die GGG leider noch nicht erfolgreich. Die kontinuierliche und meist offene Diskussionsrunde mit dem Minister hat zusammen mit allen anderen Verbänden zu einem seit Monaten

konsensualen, inzidenzbezogenen Rahmenplan für schulisches Handeln geführt, der Verlässlichkeit in Abhängigkeit von der Pandemieentwicklung zulässt. Niedersachsen war und ist allen anderen Bundesländern in dieser Hinsicht schon seit längerem weit voraus. Die spontanen Beschlüsse der Ministerpräsidenten und anderer Kultusminister*innen bringen diesen klar strukturierten Plan leider immer wieder durcheinander.

„50 Jahre“

Planung „50 Jahre Gesamtschule in Niedersachsen“: Festveranstaltung am 21.9.2021 in der IGS Langenhagen. 1971 gingen folgende Gesamtschulen in Niedersachsen „ans Netz“: IGS Langenhagen (Langenhagen/Hannover), Robert-Bosch-Gesamtschule (Hildesheim), Wilhelm-Bracke-Gesamtschule (Braunschweig), KGS Schinkel (Osnabrück), IGS Linden (Hannover), Heinrich-Nordhoff-Gesamtschule (Wolfsburg), IGS Garbsen (Hannover), IGS Fürstentau (Fürstentau). Die Festveranstaltung wird mit der GEW Niedersachsen gemeinsam weiterhin geplant und hoffentlich auch durchgeführt werden können.

Gesamtschülerlass

Unter intensiver Mitwirkung der GGG wurde ein neuer Erlass zur Arbeit in der integrierten Gesamtschule erarbeitet. Wesentliche Neuerungen sind die Festschreibung von Lernentwicklungsberichten bis einschließlich des 8. Schuljahrgangs (ohne Zeugnisnoten) und die Weiterführung der klassenbezogenen Differenzierung ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung bis zum Ende der Sekundarstufe I (10. Schuljahrgang – bislang nur

bis einschließlich des 8. Schuljahrgangs). Die GGG interveniert regelmäßig, dass der Erlass umgehend in Kraft tritt, denn es bedarf Vorarbeiten an den Gesamtschulen.

Inklusion

Das Beförderungsamt Inklusion ist leider noch nicht umgesetzt. Die GGG interveniert in dieser Richtung und für eine umfassende Funktionalität sogenannter „Regionaler Zentren Inklusion“ im Rahmen einer Anhörung des Niedersächsischen Landtages und eine Einbeziehung aller Schulformen in inklusives Handeln, also auch Gymnasien und Realschulen.

Netzwerkarbeit

Die Netzwerkarbeit ist coronabedingt etwas ins Stocken geraten. Schwerpunkte der Arbeit sind weiterhin u.a. die Themen „Markenkern der Gesamtschule in Niedersachsen“, „Inklusion“, „Schulentwicklung“, „Beratung von neu gegründeten Gesamtschulen“.

Kontakt:

geschaeftsstelle.NI@ggg-web.de

Nordrhein-Westfalen

Behrend Heeren

AKTIVITÄTEN IN ZEITEN VON CORONA

Aktivitäten auf Landesebene

Die GGG NRW hat seit Beginn der Pandemie teilweise eigene Stellungnahmen und in der Mehrzahl gemeinsame Stellungnahmen und Pressemitteilungen mit Elternverbänden aus NRW und dem Elternverband der integrierten Schulen (LEIS), der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen und Sekundarschulen (SLVGE NRW) und der GEW, teilweise auch mit dem VBE und der schulformungebundenen Schulleitungsvereinigung gemacht.

Besonders der Austausch mit den zahlreichen, recht unterschiedlichen Elternverbänden war intensiv und beanspruchend. Da die GGG NRW auf Landesebene anerkannter Elternverband ist, sind wir bei den zahlreichen Videokonferenzen vom MSB mit der Ministerin auf zwei Ebenen einbezogen gewesen.

Inhaltlich haben wir uns schon im Frühjahr letzten Jahres zusammen mit den meisten Elternverbänden und der GEW für mehr Unterrichtsvarianten (Plan B und C etc.) eingesetzt, die auch Wechselunterricht mit konstanten Gruppen beinhalten. Das stieß im Ministerium und bis zum zweiten Lockdown auch bei den Schulleitungsverbänden auf Ablehnung.

Aktuell haben wir den Distanzunterricht bis zum 15.02. befürwortet und einen auf die Abschlussjahrgänge beschränkten Prä-

senzunterricht abgelehnt. Bei den zentralen Prüfungen fordern wir eine große Variabilität für die Schulen. Damit ist der zentrale Aspekt, wie schon im letzten Jahr, inhaltlich „nur“ noch Etikette. Dieses Label schien uns aber in den vielen Gesprächen mit den Elternverbänden und der Landes-SV für Eltern und Schüler sehr wichtig zu sein.

Arbeit in den LV-Gremien

Den für März 2021 geplanten Landeskongress und die daran angelegte Mitgliederversammlung haben wir auf den November 2021 verschoben. Während wir die Sommersitzung des Landesvorstandes noch in Präsenzform, allerdings in der Mensa der GE Bockmühle, durchgeführt haben, fand die letzte turnusmäßige LV-Sitzung in Form einer Videokonferenz statt. Daran nahmen immerhin 26 Personen teil. Und dank einer hohen Konferenzdisziplin und mit technischer Unterstützung einer Kollegin aus unserem Fortbildungsträger konnten wir, anders als manchmal in Livesitzungen, den Zeitrahmen halten. Gleichwohl sind Videokonferenzen eine gute Ergänzung, aber kein vollständiger Ersatz.

ISA (Integrierte Schulen Aktuell)

Wichtig war, dass wir trotz Corona unsere letzte ISA-Ausgabe im Jahr mit dem Sonderteil der Abituruntersuchung fristgerecht versenden konnten. Wir stellen immer wieder fest, dass die Schulen die GGG NRW mit der ISA verbinden. Daneben nehmen auch Funktionsträger in der Politik, in der Gewerkschaft und in der Schulaufsicht Bezug auf Artikel in der ISA. Traditionell erhalten alle integrierten Schulen aus Werbezwecken die letzte Ausgabe der ISA im Jahr. Ärger-

lich ist, dass wir die darauf fußende Ansprache an Schulen, Mitglied in der GGG zu werden, mit Rücksicht auf die hohen Belastungen der Schulen und speziell der Leitungen erst wieder angehen können, wenn halbwegs normale Zustände herrschen.

Wir freuen uns, dass die Abiuntersuchung zusammen mit zwei weiteren Artikeln als Sonderheft der „Die Schule für alle“ erscheinen wird.

Arbeitskreise

Leider mussten wegen Corona unsere derzeitigen Themenschwerpunkte Schulen mit Teilstandorten und Neugestaltung der Oberstufe ruhen.

Auch die Erstellung der **VIS** (*Verzeichnis der integrierten Schulen*) gestaltet sich schwieriger als üblich.

Sozialindex

Ein durchgängiger inhaltlicher Schwerpunkt der letzten zehn Jahre, nämlich der schulscharfe Sozialindex, bekam durch die Landesregierung Aktualität. Hierzu wurde vom MSB Prof. Schröppler von der Uni Bochum beauftragt, ein methodisches Konzept zu entwickeln. Rainer Dahlhaus und Werner Kerski haben sich intensiv mit dem methodischen Ansatz beschäftigt und sich u. a. mit Prof. Schröppler selbst ausgetauscht. Neben unserer Kritik am methodischen Vorgehen des MSB, was nicht durch Prof. Schröppler selbst bedingt ist, ist mittlerweile zu befürchten, dass durch die Einführung des neuen Sozialindexes die Gesamtschulen weniger sozialindexgesteuerte Stellen erhalten werden als bislang. Die Landesregierung plant keine weiteren Stellen für den Bereich Sozialindex ein, sondern verteilt die bisherigen Stellen

um. Da man das u.a. nach dem grundsätzlich einleuchtenden Prinzip vornimmt, dass eine Frühförderung am effektivsten ist, werden die sozial schwachen Grundschulen stärker gefördert und da die Stellen nicht erhöht werden, erhalten die weiterführenden Schulen weniger. Wenn diese politische Strategie durchgehalten wird, haben wir mit unserer Forderung nach einem schulscharfen Sozialindex unter der Überschrift „Ungleiches ungleich behandeln“ einen Pyrrhussieg errungen.

Kontakt:

kontakt.nrw@ggg-web.de

Schleswig-Holstein

Dieter Zielinski

50 Jahre Gesamt-/Gemeinschaftsschulen

Im Sommer 1971 nahm mit der IGS Neumünster-Brachenfeld die erste Gesamtschule in Schleswig-Holstein ihren Schulbetrieb auf. Nach 50 Jahren ein Grund zum Feiern, wäre da nicht Corona. Eine Vorbereitungsgruppe der Schule hatte bereits im vergangenen Jahr mit großem Enthusiasmus ihre Arbeit aufgenommen. Jetzt hat sie ihre Arbeit erst einmal auf Eis gelegt und die Feier auf das Jahr 2022 verschoben. Schade!

50 Jahre

Gesamt-/Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein sind aber auch eine Erfolgsgeschichte.

Von anfangs vier Versuchsschulen ist die Anzahl der Schulen des gemeinsamen Lernens, heute unter dem Namen Ge-

meinschaftsschule, auf 181 angewachsen. Wie sich diese Entwicklung vollzogen hat und warum wir noch lange nicht am Ziel angekommen sind, werden wir in einer Jubiläumsschrift, die im Frühherbst dieses Jahres erscheinen soll, dokumentieren.

Corona und kein Ende

Nach den Sommerferien treffen wir uns wieder, dann ist alles wie früher und der Spuk endlich vorbei! Wer dies glaubte, lag völlig daneben. Dass wir uns dann so intensiv weiter mit den Auswirkungen der Pandemie auf unsere Schulen beschäftigen mussten und immer noch müssen, hatten wir nicht erwartet. Über diverse Presseinformationen (siehe: <https://www.ggg-web.de/sh-aktuell>), Teilnahme an einer Expertenanhörung im Landtag sowie auch in direkten Ansprachen gegenüber dem Bildungsministerium und der Bildungsministerin haben wir versucht, unseren Positionen Gehör zu verschaffen. Zu großem Protest, nicht nur von uns, führte die extensive Auslegung der von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder sowie der Bundeskanzlerin vereinbarte Ausnahmeregelung vom Dezember 2020 für die Unterrichtung von Abschlussklassen. Das Vorhaben des Bildungsministeriums, alle Abschlussjahrgänge vollständig nach Stundentafel und Stundenplan in Präsenz zu unterrichten, musste daraufhin sehr schnell revidiert werden. Ministerin Prien lenkte ein und gewährte den Schulen Freiräume bei der Vorbereitung der Klassen auf die Abschlussprüfungen.

Kontakt:

DieterZielinski@ggg-web.de